

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungsschutz

18. Sitzung
5. September 2018

Beginn: 12.01 Uhr
Schluss: 14.11 Uhr
Vorsitz: Florian Dörstelmann (SPD)

Punkt 1 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Bericht der Senatsverwaltung für Inneres und Sport
zum Verfassungsschutz 2017
(auf Antrag der AfD-Fraktion) | 0040
VerfSch |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Verfassungsschutzbericht 2017
(auf Antrag der Fraktion der CDU) | 0041
VerfSch |
| c) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Verfassungsschutzbericht 2017
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen) | 0042
VerfSch |

Ronald Gläser (AfD) findet schade, dass der Inhalt des Berichts bereits eine Woche vor der Veröffentlichung im „Tagesspiegel“ gestanden habe. Die Abgeordneten hätten den Bericht früher erhalten sollen. Wie beurteile der Senat die Lage in der Stadt, insbesondere das Anwachsen des Linksextremismus?

Kurt Wansner (CDU) fragt, warum der Bericht so spät vorgelegt worden sei. In den letzten Jahren habe man ihn im Frühjahr bekommen. Es sei ungewöhnlich, dass eine Zeitung bereits vor zwei Wochen Inhalte des Berichts geliefert habe. Man könnte sich eigentlich mit dem

Zeitungsartikel beschäftigen. Würden durch den Innensenator und den Staatssekretär jetzt immer die Medien vor den Abgeordneten informiert?

Benedikt Lux (GRÜNE) sagt, er freue sich sehr auf die Vorstellung des Berichts 2017 durch den Senat. Was vorab in den Medien stehe, gehöre zum freien Spiel dazu. Hier gehe es nicht um einen Zeitungsartikel, sondern um die Entwicklung des Verfassungsschutzes generell. Man habe genug Anhaltspunkte, aus denen man politische Schlussfolgerungen ziehen könne.

Senator Andreas Geisel (SenInnDS) bemerkt, dass der Verfassungsschutz Bestandteil der Berliner Sicherheitsarchitektur sei und bleibe. Auch der Verfassungsschutzbericht 2017 zeige die Notwendigkeit eines funktionierenden Frühwarnsystems. Leider könne der Bericht erst jetzt vorgestellt werden. Man werde wieder auf das Frühjahr rücken. Die Verzögerung sei u. a. bedingt durch eine komplette Überarbeitung: Man habe sich für die Aufnahme eines Kapitels über Antisemitismus entschieden. Außerdem habe man einen Rechtsstreit mit der Neuköllner Begegnungsstätte gehabt. Man habe das OVG-Urteil abwarten müssen.

Das extremistische Personenpotenzial sei in Berlin weiter angestiegen, dies sei v. a. auf Zuwächse beim Islamismus, Linksextremismus und bei der „Reichsbürgerszene“ zurückzuführen. Die geheimdienstlichen Aktivitäten anderer Länder hätten zugenommen.

Das rechtsextremistische Personenpotenzial habe sich mit 1 430 Personen auf unverändert hohem Niveau bewegt. Die Zahl der politisch rechts motivierten Straftaten habe sich erhöht. Die rechts motivierten Gewaltdelikte seien um 30 Prozent zurückgegangen auf 117 Delikte. – Im Mittelpunkt der meisten rechtsextremistischen Aktivitäten hätten die Versuche aller rechtsextremistischen Akteure gestanden, das Flüchtlingsthema zu instrumentalisieren. Dabei sei es aber weniger als in den Vorjahren gelungen, Berliner/innen außerhalb der rechtsextremistischen Szene mit diesem Thema anzusprechen. Beleg dafür seien die sinkenden Teilnehmerzahlen bei „Merkel-muss-weg“-Demonstrationen. Daran hätten zum Schluss nur noch wenige hundert Menschen teilgenommen, ein großer Teil der Rechtsextremisten sei angereist. Diese Demonstrationen hätten allerdings dazu beigetragen, dass sich die Szene der muslimfeindlichen Rechtsextremisten habe festigen und bundesweit vernetzen können.

Zum prägenden Akteur dieser Szene habe sich die Identitäre Bewegung entwickelt. Sie habe mit ihrem vordergründig seriösen, modernen und jugendaffinen Auftreten auch 2017 mit mehreren Aktionen öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen können. Im Mittelmeer hätten Aktivisten der IB im Rahmen der „Defend Europe“-Kampagne mit einem gecharterten Schiff die Rettungsaktionen von NROs behindern wollen. Das Schiff habe nur an einigen Tagen den Mittelmeerraum vor der libyschen Küste befahren, bevor die Aktion aufgrund eines Motorschadens habe beendet werden müssen. – In Berlin hätten die Aktivitäten der IB sich gegen Stiftungen, Parteien, NROs und Ministerien gerichtet. Es seien politische und gesellschaftliche Entwicklungen beklagt worden, die als links abgelehnt würden. Deutlich werde dabei, dass die IB die liberale, pluralistische Gesellschaft ablehne und durch ein autoritäres, ethnisch homogenes Konstrukt ersetzen wolle. Dabei verpacke sie allerdings die Ideologie modern und schaffe es, mit ihren Aktionen Jugendliche und junge Erwachsene anzusprechen. Die IB gelte national und international als sehr gut vernetzt und verstehe sich als Bestandteil der „Neuen Rechten“, zu der auch Burschenschaften, Print- und Onlinemedien und Vereine gehörten. Dieses Netzwerk versuche, den öffentlichen Diskurs massiv zu beeinflussen und mit fremden- und muslimenfeindlichen Stereotypen zu manipulieren. Es werde darauf ankommen, diese

Propaganda zu demaskieren und auf die Demokratiefeindlichkeit muslimfeindlicher Rechtsextremisten hinzuweisen.

Die „Bürgerbewegung pro Deutschland“ habe sich nach Wahlschlappen im November 2017 aufgelöst. Die Partei habe ihr Nischendasein nie überwinden können.

Ein zwiespältiges Bild habe 2017 der traditionelle Rechtsextremismus geboten. Inaktiven und geschwächten Protagonisten wie der NPD oder dem Netzwerk Freie Kräfte hätten Gewalt und Provokationen in Neukölln und die große neonazistische Heiß-Demonstration im August in Spandau gegenübergestanden. Hier zeige sich, dass die traditionellen Rechtsextremisten stärker anlass- und themenbezogen agierten. Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe oder Partei spiele weniger eine Rolle. Bundesweit konzentrierten sich die Aktivitäten der Szene zunehmend auf Großveranstaltungen, insbesondere Musikveranstaltungen. Dort hätten Rechtsextremisten ihre Gesinnung offen zur Schau getragen. Solche Veranstaltungen zeigten die Mobilisierungsfähigkeit der Szene und dass deren Protagonisten immer weniger eine gesellschaftliche Ächtung fürchteten. Die rechtsextremistische Musikszene habe sich als Motor dieser Entwicklung etabliert. Dies gelte auch für das in Berlin aktive Netzwerk „Rechtsextremistische Musik“.

2017 sei die Zahl der in Berlin aktiven Reichsbürger und Selbstverwalter angewachsen. Zu den in Berlin aktiven organisierten Reichsbürgergruppierungen zählten die „Exilregierung Deutsches Reich“, der „Freistaat Preußen“, der Verein „Staatenlos Info“ und die Gruppierung „Geeinte deutsche Völker und Stämme“. Vor allem Mitarbeiter des öffentlichen Diensts seien von den Aktivitäten der Reichsbürger betroffen. Mit seitenlangen pseudojuristischen Schreiben werde versucht, Geschäftsprozesse lahmzulegen. Reichsbürger seien unberechenbare und gewaltaffine Feinde des demokratischen Rechtsstaats.

Zum Sonderkapitel Antisemitismus: Zur Ideologie von Reichsbürgern und Rechtsextremisten gehöre auch Antisemitismus. Dieser gehöre auch zum ideologischen Grundgerüst islamistischer und linksextremistischer Akteure. Diese Tatsache und die unsäglichen antisemitischen Vorfälle der vergangenen Monate hätten dazu geführt, dass der Verfassungsschutz dem Thema Antisemitismus im Bericht 2017 ein Sonderkapitel gewidmet habe. In diesem würden auch Gruppierungen als die aktuellen Träger antisemitischen Denkens benannt. Es werde auf die Genese des Antisemitismus in den einzelnen Phänomenbereichen eingegangen. – Unsäglich sei die antisemitische Hetze im rechtsextremistischen Spektrum. Die Traditionslinie lasse sich vom Rassenantisemitismus des 19. Jahrhunderts über die antisemitische Vernichtungsmaschinerie der Nationalsozialisten bis zu den aktuellen Texten rechtsextremistischer Bands oder den Verschwörungstheorien der „Reichsbürger“ nachzeichnen. Die diesem Denken innewohnende Gewalttätigkeit machten Anfall und Verteilung der antisemitisch motivierten Straftaten deutlich. Bei aller Kritik an der entsprechenden polizeilichen Kriminalstatistik zeigten die Daten, dass für den größten Anteil antisemitischer Straftaten Rechtsextremisten verantwortlich seien.

Antisemitisches Denken habe aber auch im Linksextremismus eine Tradition, die einerseits auf einer Gleichsetzung von Juden und Kapital basiere und andererseits mit der unreflektierten Solidarisierung deutscher Linksextremisten mit der palästinensischen Sache verbunden sei. Antisemitische Äußerungen fänden sich im Rahmen von Demonstrationen und Kundgebungen. Der „Jugendwiderstand Berlin“ sympathisiere mit der Hamas, der Hisbollah und der PFLP.

Auf Israel sei der im Islamismus verbreitete Antisemitismus fixiert. Im Zentrum der Agenda aller islamistischen Gruppierungen stehe die Delegitimierung des Existenzrechts Israels. Terrornetzwerke wie al-Qaida oder IS forderten, die Juden weltweit zu bekämpfen und zu töten. In Berlin sei es im Zusammenhang mit militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern zu einem Anstieg antisemitischer Straf- und Gewalttaten gekommen. Nicht zu unterschätzen sei die Wirkung antisemitischer und israelfeindlicher Propaganda, die im Internet und über islamistische TV-Sender verbreitet werde. Hinzu kämen Demonstrationen wie die zum al-Quds-Tag oder antisemitische Predigten in salafistischen Moscheen, mit denen der Hass auf Israel und die Juden befeuert werde.

Diverse antisemitische Vorfälle zeigten, dass es in Berlin einen größer werdenden Resonanzboden für Antisemitismus jenseits des politischen Extremismus gebe. Antisemiten träten offener und aggressiver auf. Antisemitismus könne als Türöffner dienen, mit dessen Hilfe Extremisten thematische Anknüpfungspunkte zur gesellschaftlichen Mitte suchten.

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS) berichtet, dass das islamistische Personenpotenzial in Berlin sich weiter vergrößert habe. Dies sei auf die wachsende Anhängerschaft des Salafismus zurückzuführen. Von 950 Salafisten gälten 420 als gewaltorientiert. 2018 habe die Dynamik des Zuwachses nachgelassen. Die salafistische Ideologie übe allerdings nach wie vor auf Jugendliche eine hohe Anziehungskraft aus. Berlin sei einer der bundesweiten Schwerpunkte des Salafismus. Hamas und Hisbollah verfügten in Berlin über 320 Anhänger. Muslimbruderschaft und Milli Görüs verfügten über 620 Anhänger. Berlin stehe immer wieder als potenzielles Terrorziel im Fokus. Es werde wieder einen Terroranschlag geben, man wisse nur noch nicht, wann und wo. Der Senat begegne der Gefahr mit Repression und Prävention. Die Sicherheitsbehörden seien personell gestärkt worden und gingen kompromisslos gegen islamistische Straftäter vor. Man wolle die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz verstärken. Das Bundesamt müsse neben dem LfV mehr Verantwortung für Berlin übernehmen. – Die Mittel für Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen seien erheblich erhöht worden. Der Senator habe bei der Polizei einen Schwerpunkt im Bereich Deradikalisierung und Prävention gesetzt: Eine eigene Gruppe widme sich der Terrorismusbekämpfung und Deradikalisierung.

130 Personen aus Berlin seien in das syrisch-irakische Kriegsgebiet ausgereist, um den IS zu unterstützen. Mit der Rückkehr dieser Personen müsse gerechnet werden. Es seien möglichst viele Erkenntnisse über das Leben dieser Rückkehrer, ihr Handeln vor Ort und Aktivitäten nach der Rückkehr zusammenzutragen. Parallel dazu seien diese Personen in die Gesellschaft zu integrieren, es sei ihnen ein Leben jenseits von Extremismus und Gewalt zu ermöglichen.

Hamas und Hisbollah nutzten Berlin als Rückzugsraum. Sie träten hier nicht offen mit eigenen Aktionen auf und übten keine Gewalt aus, sie sammelten allerdings Spenden und verbreiteten ihre Ideologie.

Der legalistische Islamismus wende viel Energie dafür auf, die islamistische Agenda vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Die Legalisten böten sich als Kooperationspartner für gesellschaftliche Projekte und politische Initiativen an. Hier gelte es, genau zu prüfen, wer hinter vermeintlich unverfänglichen Angeboten stehe und welche Normen und Werte tatsächlich vertreten würden. Den Kern der Legalisten bildeten Milli Görüs und die Muslimbruderschaft

mit der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland. Mehrere Moscheevereine unterhielten Verbindungen zur Muslimbruderschaft bzw. zu IGD. Der Berliner Verfassungsschutz weise auf diese Verbindungen hin. Die Gefahr des Islamismus erschöpfe sich nicht in der Bedrohung durch terroristische Aktivitäten. Mit ihrer Ablehnung bestimmter Verfassungsgrundsätze und der Platzierung ihres Islamverständnisses als Mainstream-Islam beförderten Legalisten Parallelgesellschaften, die das Werte- und Gesellschaftssystem nachhaltig gefährden könnten. Damit könne auch der Nährboden für Gewaltausübung bereitet werden.

Berlin als Hauptstadt stehe weiterhin im Fokus ausländischer Nachrichtendienste. Es komme vermehrt zu Cyberangriffen. Die Komplexität solcher Angriffe mache ein enges und koordiniertes Vorgehen deutscher Sicherheitsbehörden unabdingbar. Man wolle die Zusammenarbeit mit dem BfV weiter ausbauen. – Wie breit das Spektrum der hier aktiven Nachrichtendienste sei, verdeutlichten entsprechende gerichtliche Verfahren. Der türkische Dienst interessiere sich für die hier lebenden türkischen Staatsbürger. Auf der „Gülen-Liste“ hätten sich auch 60 in Berlin lebende Personen befunden.

Die Cyber-Spionage rücke zunehmend ins Zentrum der Aktivitäten ausländischer Dienste. Dabei gehe es auch um die Schädigung von IT-Systemen durch fremde Dienste. Betroffen seien politische Einrichtungen, Firmen sowie Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen. Der russische Nachrichtendienst sei für die Angriffskampagne APT 28 verantwortlich, die das Netzwerk der Konrad-Adenauer-Stiftung angegriffen habe. Vor dem Hintergrund der enormen Schäden, die Cyberattacken bewirken könnten, sei ein Ausbau der gemeinsamen Schutz- und Abwehrmaßnahmen deutscher Sicherheitsbehörden unumgänglich. Einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung auf eine bessere Zusammenarbeit in diesem Bereich stelle die am 13. August zwischen dem Land Berlin und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik – BSI – durch den Innensenator unterzeichnete Kooperationsvereinbarung dar.

Katharina Fest (SenInnDS, Abt. II) führt aus, dass das Jahr 2017 im Bereich Linksextremismus von den Ereignissen bei dem G-20-Gipfel in Hamburg und von der Gentrifizierungsdebatte dominiert worden sei. Das linksextremistische Personenpotenzial sei in Berlin auf 2 950 Personen angewachsen, darunter 980 Gewaltbereite. Der Zuwachs sei vor allem im Bereich des Vereins Rote Hilfe e. V. festzustellen. Die Anzahl der links motivierten Straf- und Gewalttaten sei im Vergleich zum Vorjahr gesunken, bleibe aber auf hohem Niveau. Die enorme Gewaltbereitschaft von Linksextremisten habe sich bei den Ausschreitungen in Hamburg manifestiert. Die Taten würden politisch und strafrechtlich aufgearbeitet. Es habe bereits konsequente Urteile gegeben. – Die Berliner Szene bewerte die Ereignisse von Hamburg als Erfolg. Sie habe versucht, den „Geist von Hamburg“ in die Alltagskämpfe hier zu übertragen. Aus dem „postautonomen Spektrum“ habe sich die Interventionistische Linke vorbehaltlos auf die Seite der Gewalttäter gestellt. Bemerkenswert sei die aktive Medien- und Pressearbeit der Linksextremisten während und nach den Hamburger Ereignissen gewesen. Sie sei darum bemüht gewesen, die Deutungshoheit über die Geschehnisse zu gewinnen. Die szeninterne Euphorie sei mittlerweile verflogen. Das Aktionsniveau der linksextremistischen Szene bleibe hoch. Es habe schwere Sachbeschädigungen und Landfriedensbrüche gegeben. Einfluss auf zivilgesellschaftliche Entwicklungen und Bündnisse diene als Türöffner für Forderungen nach grundlegenden gesellschaftlichen Änderungen, bis hin zur Abschaffung der FDGO.

Auch die Rigaer Straße 94 habe versucht, das Thema Antigentrifizierung zu bedienen. In mehreren Aufrufen hätten sich die die Akteure der Rigaer 94 um Unterstützung und Solidari-

tät ihrer Nachbarn und Anwohner bemüht. Dass es sich dabei um taktische Manöver gehandelt habe, hätten mehrere Bedrohungs- und Einschüchterungsversuche gegen Anwohner gezeigt, die sich von den Aktivitäten der Rigaer 94 distanziert hätten. Es gehe den Akteuren der Rigaer 94 ausschließlich um die dauerhafte Konfrontation mit dem verhassten System und die Etablierung eines autonomen Freiraums ohne staatliche Werte und Normen. Die Angriffe auf Polizisten rund um die Rigaer Straße zeigten dies unmissverständlich.

Die AfD sei immer stärker in den Fokus der Linksextremisten in Berlin geraten. Im Zuge des Bundestagswahlkampfes seien viele Straftaten gegen die AfD begangen worden. Veranstaltungsräume seien angegriffen, Wahlkämpfer attackiert und Vermieter bedroht worden. Solche Vorkommnisse seien strafbare Handlungen, die konsequent verfolgt und geahndet werden müssten. – Die Tonlage der linksextremistischen Szene gegenüber ihren Gegnern habe sich in den vergangenen Jahren verschärft. Die Ereignisse um den G-20-Gipfel hätten gezeigt, dass solchen Worten Taten folgten.

Das Personenpotenzial linksextremistischer ausländischer Personen sei in den letzten Jahren konstant geblieben. Die Linksextremisten in der PKK stellten die einzige zahlenmäßig relevante Gruppe dar. Es handele sich um 1 100 Personen. – Die extrem nationalistische Ülkücü-Bewegung sei mit 400 Personen konstant geblieben. – Die Aktivitäten der PKK in Deutschland würden maßgeblich durch die Ereignisse in den kurdischen Gebieten der Türkei und Syriens bestimmt. Die türkische Offensive gegen Afrin habe unmittelbare Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland gehabt. Es sei zu Sachbeschädigungen und vermutlich zu einem Brandanschlag gekommen. Dies mache deutlich, dass die PKK in Deutschland weiterhin gewaltorientiert sei. – Ein Emotionalisierungs- und Mobilisierungspotenzial hätten auch die Meldungen über den Gesundheitszustand von A. Öcalan. Eine gravierende Verschlechterung seines Gesundheitszustands dürfte auch in Berlin mit einer Kampagne begleitet werden.

Niklas Schrader (LINKE) interessieren aktuelle Zahlen von gewaltbefürwortenden Islamisten. In welchem Ausmaß habe der Berliner Verfassungsschutz die Fussilet-Moschee überwacht? – Die Neuköllner Begegnungsstätte werde in dem Bericht nicht erwähnt, aber weiter beobachtet. Werde dies so beibehalten? – Welcher Grund für die Beobachtung der PKK stehe im Vordergrund, Gewalt oder linksextremistische Ziele? – Dass die Identitäre Bewegung als „muslimenfeindlich“ eingeordnet werde, habe ihn verwundert. Die IB sei völkisch, rassistisch und nationalistisch. Immerhin werde erwähnt, dass die IB Kontakt zur AfD und ihrer Jugendorganisation suche. Es müsste erwähnt werden, dass sie diese Kontakte auch finde. – Werde Bärghida wegen Irrelevanz nicht mehr erwähnt?

Er habe Erkenntnisse darüber, dass die rechtsextremistische Musikszene sich weiterentwickelt habe. Es gebe die Szene der NS-Hardcore- und Black-Metal-Musik. Diese fehle im Bericht. Gebe es dazu Erkenntnisse? – Der ehemalige Berliner NPD-Vorsitzende Sebastian Schmidtke habe ein rechtes Konzert mit angemeldet und organisiert. – Gebe es Erkenntnisse zu möglichen Nachfolgestrukturen von Blood & Honour und Combat 18?

Wo sei die Grenze von Reichbürgern zu Rechtsextremisten? Wie komme der Verfassungsschutz zu seiner Zuordnung?

Die Darstellung zum Linksextremismus und zu G 20 habe er einseitig gefunden. In der linken Szene gebe es eine differenzierte Debatte zu dem Thema. – [Kurt Wansner (CDU): Es gibt

auch Bilder!] – Möglicherweise nicht optimales Verhalten der Polizei habe möglicherweise zur Eskalation beigetragen.

Auf Seite 167 würden die Wahlerfolge der AfD aus Sicht der autonomen Antifa als „symptomatisch für einen vermeintlichen „Rassismus der Mitte““ gewertet. Er halte das Wort „vermeintlich“ hier für falsch. Studien bewiesen, dass es das Phänomen gebe.

Er begrüße das neue Kapitel Antisemitismus. Er finde gut, dass man sich damit explizit beschäftige. Der alltägliche Antisemitismus aus der Mitte gehe allerdings etwas unter. Dies bringe die Extremismustheorie mit sich. Die größte Gefahr komme von rechts.

Wie lange sei die Beobachtung der Scientology-Organisation noch nötig? Handele es sich nicht eher um einen Fall für die Sektenleitstelle?

Claudio Jupe (CDU) fragt, wie auf die Erhöhung des Gefahrenpotenzials reagiert werde. Das NSU-Phänomen habe gelehrt, dass es eine mangelnde Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden gegeben habe. Gebe es eine Kooperation?

Ronald Gläser (AfD) ruft die Zahlen in Erinnerung: 1 400 Rechtsextremisten, 1 900 Islamisten und 2 900 Linksextremisten. Diese Zahlen zeigten, wo die wahren Probleme in der Stadt lägen und wer den Frieden in größerem Maß bedrohe. Auf jede von Rechtsextremisten begangene Gewalttat entfielen zwei von Linksextremisten begangene Gewalttaten, auf jede rechte Brandstiftung drei linke. Für ein Happening in der Rigaer Straße seien keine Auflagen erteilt worden, aber die Polizei habe 6 000 Arbeitsstunden aufwenden müssen, um aufzupassen, es habe 20 Anzeigen gegeben. Die Szene in der Rigaer Straße könne agieren, ohne dass der Senat richtig hinschauen. – Wie viele Personen würden sich demnächst mit Cyber Security beschäftigen?

Tom Schreiber (SPD) legt dar, dass die Kleinen Anfragen ein aktuelles Bild zeigten. Der Verfassungsschutzbericht könne nur einen Überblick über die Situation geben. Der Bericht sei ein Leitfaden dafür, welche Themen anstünden, welche man teilweise schon besprochen habe, welche noch eine größere Rolle spielten. Das neue Kapitel zum Antisemitismus sei wichtig. Der Schwerpunkt Reichsbürger, Selbstverwalter mache deutlich, dass der Berliner Verfassungsschutz diese seit Jahren beobachtet habe. – Die extremen Ränder radikalisierten sich. Sie schwappten in die gesellschaftliche Mitte hinein. Es gehe auch um eine Entmenschlichung und Entgrenzung auf allen Ebenen, in allen Formen. Dem müssten Bund und Land sich stellen. Der Verfassungsschutz biete dafür eine wesentliche Grundlage. – Sei eine Tabelle zum Personenpotenzial des Rechtsextremismus, Seite 88, weggerutscht? 2016 fehle dort.

Scientology sei ein übelriechendes Wirtschaftsunternehmen mit religiösem Anstrich. Die Auf-
führung im Verfassungsschutzbericht habe ihre Berechtigung.

Islamismus und Salafismus habe man bereits öfters hier thematisiert. Man habe das Landesprogramm zur Deradikalisierung. Lageberichte des Verfassungsschutzes müssten eine Konsequenz haben. Man müsse auch einmal über den Tellerrand hinausschauen. – Die SPD-Fraktion nehme alle Extremismusformen ernst. Die AfD sei bei bestimmten Debatten ein „gefährlicher Brandbeschleuniger“.

Kurt Wansner (CDU) stellt fest, dass der Verfassungsschutz für Berlin überlebenswichtig sei. Die CDU-Fraktion werde sich jeder Schwächung des Verfassungsschutzes massiv entgegenstellen. Die Zahlen zum Linksextremismus seien beängstigend. Mittlerweile seien fast 1 000 Linksextremisten gewaltbereit. Daher müsse gerade der Linksextremismus besonders beobachtet werden. Nicht nur die AfD werde von Linken angegriffen, auch CDU-Kreise litten unter Angriffen von Linksradi-kalen. Der G-20-Gipfel zeige, wie wichtig eine zeitnahe Diskussion sei. Was Abg. Schrader vorgetragen habe, stimme mit den Bildern absolut nicht überein. Man erlebe täglich die Angriffe in der Rigaer Straße, wo die linksradikale Szene mittlerweile Anwohner massiv angreife. Dies sei nicht zu akzeptieren. – Die 1.-Mai-Demonstrationen seien relativ friedlich gewesen. Man sei gemeinsam mit Anwohnern auf dem richtigen Weg.

Der Rechtsextremismus wachse nicht. Ansätze, die man verfolgt habe, hätten massiv geholfen. Die Rechtsextremen hätten keine Resonanz bei der Bevölkerung. Sie würden wie der Linksextremismus abgelehnt. Die Flüchtlingskrise stehe nicht mehr unbedingt im Mittelpunkt der Diskussionen. Die Identitäre Bewegung sei werbewirksam. – Die Zahl der Islamisten sei gestiegen. Hier sei eine massive Beobachtung erforderlich.

Der Linksextremismus werde zwar stärker, aber weniger gewalttätig. Der Wunsch nach Militanz sei weiterhin vorhanden. In der Koalitionsvereinbarung komme das Wort „Linksextremismus“ nicht vor. – Der Rechtsextremismus nehme ab. Zugenommen hätten die Propagandadelikte. Der Rechtsextremismus habe keinen Zulauf mehr, daher sei der Linksextremismus gefährlicher für die FDGO; es gebe mehr gewaltbereite Personen und Gewaltdelikte aus diesem Bereich. – Am gefährlichsten blieben Islamismus und Salafismus. Jederzeit sei mit Anschlügen zu rechnen, insbesondere durch radikale Einzeltäter. Daher sollte die Koalition die vom Innensenator geforderten 20 Stellen schaffen. Von den genehmigten 10 Stellen seien 3 gleich in die Innenrevision geschoben worden. Diese fehlten im operativen Bereich.

Der Verfassungsschutz sei für die Stadt dringend notwendig. Er benötige die politische Unterstützung aller Parteien. Einige Mitglieder der Koalition sollten ihr Verhältnis zum Verfassungsschutz noch einmal überprüfen.

Benedikt Lux (GRÜNE) stellt fest, dass die Aufgabe, die Verfassung und die FDGO zu schützen, ein hohes Gut sei. Die FDGO müsse gegen extremistische und gewaltbereite Tendenzen geschützt werden, die das Zusammenleben in Frage stellten oder mit Gewalt beseitigen wollten. Mit übermächtigen Sicherheitsbehörden könne die FDGO nicht erhalten werden, diese sei auf eine lebendige, pluralistische Zivilgesellschaft und Vielfalt angewiesen. Der Verfassungsschutz allein könne das friedliche Zusammenleben nicht garantieren. Das Lagebild sei in vielen Teilen erwartbar gewesen. Streiten könne man darüber, was wie gefährlich sei. Die größte Gefahr sei die des islamistischen Terrorismus. Die Gefahr des Rechtsextremismus schätze er höher ein als sein Vorredner. Rechtsextremismus und Islamismus schlossen schwächere Mitmenschen, Ungläubige, Andersartige usw. konsequent aus. Ihn wundere, dass legalistische Islamisten und Linksextremisten wie die Rote Hilfe beobachtet würden, die rechtsextremen Legalisten, nämlich die AfD, aber nicht. Inwiefern Teile der AfD rechtsextremistische Gewalt beförderten, sehe man gerade. Pro Deutschland fordere ihre Aktivisten auf, in die AfD einzutreten. Die betreffenden Personen seien weiter zu beobachten. Die Berliner AfD sei besonders gefährlich, wenn deren parlamentarischer Geschäftsführer behaupte, dass der Un-

vereinbarkeitsbeschluss bezüglich Pegida gelte, während AfD-Funktionäre mit Pegida-Leuten herumliefen.

Der Organisationsgrad der Reichsbürger sei besorgniserregend. – Wie gehe man mit der veränderten Lage im Bereich Islamismus um? Was komme als Ersatzgebiet von Syrien infrage? – Der Linksextremismus versuche immer wieder, eine neue Fratze zu zeigen. Historisch sei er auf dem Rückzug. – Bei der Spionageabwehr müsse man auf der Hut sein.

Ronald Gläser (AfD) erwidert, die angedrohte Überwachung sei ein offensichtliches Ablenkungsmanöver vor zwei Landtagswahlen. Die Wähler kämen scharenweise zur AfD. Es habe keine gemeinsame Demonstration von AfD und Pegida gegeben. Herr Bachmann sei einfach so aufgetaucht. Platzverweise könne nur die Polizei erteilen. Leute von pro Deutschland würden auch in Zukunft nicht aufgenommen. – Es gebe in der Stadt deutlich mehr gewaltbereite Linksextremisten als gewaltbereite Rechtsextremisten. – Die AfD lehne Rechtsextremismus ab.

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS) bemerkt, dass die Fussilet-Moschee im Bericht nicht erwähnt sei. Sie sei 2017 verboten worden. Zur Fussilet-Moschee habe er hier am 8. Februar 2017 ausführlich berichtet. Im Übrigen verweise er auf den Untersuchungsausschuss. Es habe keine V-Person des Landesamts im direkten Umfeld von Anis Amri gegeben. – Es gebe personelle und strukturelle Verbindungen der Neuköllner Begegnungsstätte zu muslimbrüderlichen Organisationen. Diese begründeten Anhaltspunkte für den Verdacht des Vorliegens verfassungsfeindlicher Bestrebungen. Man verzichte auf die Erwähnung im Bericht, weil man die Sachfrage neu bewerten wolle. Der Verzicht im Bericht 2017 habe keine Auswirkungen auf den Bericht 2018.

Cyberspionage sei virulent. Berlin müsse sich diesbezüglich besser aufstellen. Dies sei in den letzten Jahren unter Innensenator Henkel versäumt worden. Man sei im Gespräch mit Dr. Maaßen. Der Innensenator habe eine Erklärung mit Herrn Schönbohm vom BSI unterzeichnet. Es gehe um nachrichtendienstliche Cyberangriffe.

Für die IS-Rückkehrer würden mehr Mittel zwecks Deradikalisierung benötigt. Man müsse sich organisatorisch besser aufstellen und mit NROs und privaten Trägern vermehrt zusammenarbeiten. Deradikalisierung sei auch Thema auf der IMK gewesen. Man habe große Probleme im Kontext des Datenschutzes.

Rückkehrer seien in der Regel im Schengen-Bestand ausgeschrieben. Bei der Einreise würden Ausländer abgewiesen. Straftäter könnten hereingelassen und unmittelbar verhaftet werden. – Ein gewaltbereiter Ausländer wäre Gegenstand der AG Extra. Diese Leute habe man auf dem Schirm, man könne Schlimmeres verhüten.

Katharina Fest (SenInnDS, Abt. II) erklärt, dass die PKK seit 1992 auf der EU-Terrorliste stehe. Sie sei in kriegerische Konfrontationen in der Türkei verwickelt. Sie benutze Deutschland als Ruheraum. – Die Scientology-Organisation habe eine Zentrale in Berlin. Sie werbe im öffentlichen Straßenraum für ihre Weltanschauung. Der Verfassungsschutz sehe sich in der Pflicht, hinzuschauen.

Senator Andreas Geisel (SenInnDS) bemerkt zum Personenpotenzial des Rechtsextremismus 2016, dass dieses auf Seite 89 im Text zu finden sei. – Die IB ziele vor allem auf die ethnische Reinheit des deutschen Volkes ab und greife die Einwanderung vor allem muslimischer Flüchtlinge an. – Bei Bärigida seien rechtsextremistische Organisationsformen nicht mehr beobachtet worden. Zuletzt hätten noch 25 bis 30 Menschen demonstriert. Als vernachlässigbar seien diese nicht mehr aufgeführt worden. – Bei rechtsextremistischer Musik werde ggf. näher hingeschaut. – Bei Reichsbürgern gebe es auch Überschneidungen mit anderen rechtsextremistischen Organisationen oder Aktivitäten. Es gebe Reichsbürger, die sich auf das Kaiserreich bezögen. Nicht alle Reichsbürger seien Rechtsextremisten.

Über die mögliche Beobachtung der AfD diskutierten die Innenminister. Das Programm der Berliner AfD sei nicht verfassungsfeindlich. Einzelne Personen äußerten sich extremistisch. Über eine Beobachtung der AfD sei noch nicht entschieden.

Bestimmte Bedrohungslagen könnten nicht von einzelnen Ländern bearbeitet werden. Der Austausch zwischen den Ländern und mit Bundesbehörden müsse intensiviert werden. – Für Deradikalisierung und Prävention werde viel Geld zur Verfügung gestellt. Erforderlich sei eine genaue Zielgruppendefinition. Salafisten seien mittlerweile älter, dies müsse man beachten. Die Mittel müssten erhöht werden, aber vorher müssten Netzwerke und Menschen gefunden und auf die Arbeit angesetzt werden. – Der Verfassungsschutz besitze als Frühwarnsystem außerordentliche Bedeutung. Der Senat stehe zum Berliner Verfassungsschutz und seiner Arbeit.

Kurt Wansner (CDU) bekräftigt, dass der Verfassungsschutz eine wichtige Aufgabe erfülle. In den Haushaltsberatungen seien dem Senator nur 10 von 20 geforderten Stellen bewilligt worden. Werde er weiterhin versuchen, die für notwendig gehaltenen Stellen zu bekommen? Werde er versuchen, die Linkspartei von der Notwendigkeit der Stellen zu überzeugen?

Senator Andreas Geisel (SenInnDS) stellt fest, dass das Parlament über den Haushalt entscheide. Man versuche bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs, auf bestehende Gefahren zu reagieren.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**(Un-)zulässige Erwähnung der Dar as-Salam
Moschee (Trägerverein Neuköllner
Begegnungsstätte) im Berliner
Verfassungsschutzbericht 2016 aufgrund des
Beschlusses des OVG Berlin-Brandenburg
(Beschluss vom 23. Juli 2018- OVG 1 S 38.18)**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0039](#)
VerfSch

Kurt Wansner (CDU) fragt, welche Auswirkungen der Beschluss für die Arbeit des Verfassungsschutzes habe. Würden auch andere Moscheen aufgrund des Beschlusses nicht mehr im

Bericht erwähnt? Wie vertrage dies sich mit der Aufgabe des Verfassungsschutzes gemäß § 5 VerfSchG, wonach der Verfassungsschutz die Aufgabe habe, über Gefahren für Deutschland und Berlin zu informieren? – Könne der Senat eine Kopie des Beschlusses liefern?

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS) berichtet, die Beobachtung des Vereins Neuköllner Bildungsstätte durch den Verfassungsschutz sei rechtmäßig gewesen. Einschränkende Vorgaben habe das OVG lediglich in Bezug auf die Darstellung des Vereins im Verfassungsschutzbericht gemacht, der Verbindungen zur IGD dargestellt habe. Die Formulierung im Bericht habe das Gericht für missverständlich befunden. Dem Bericht sei nach Auffassung des Gerichts nicht hinreichend klar zu entnehmen, ob der NBS eigene feststehende verfassungswidrige Bestrebungen zugeschrieben werden könnten. Man werde in Ruhe eine Bewertung vornehmen. Ein eindeutiges Verbot, die NBS im Bericht zu benennen, gebe es nicht. Laut OVG bestehe der Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung. Ein Bericht über einen solchen Verdacht sei aber nicht zulässig. In anderen Bundesländern und beim Bund sei Verdachtsberichterstattung erlaubt. Man wolle das Berliner Gesetz reformieren und erarbeite einen Entwurf.

Niklas Schrader (LINKE) sagt, der Fall zeige, dass der Verfassungsschutz eine große Verantwortung habe. Dem Regierenden Bürgermeister sei vorgeworfen worden, an einer Veranstaltung teilgenommen zu haben, bei der ein Imam dieser Moschee anwesend gewesen sei. Man brauche eine hohe Sensibilität.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Beteiligung Berliner Rechtsradikaler an
Demonstrationen und Ausschreitungen in Chemnitz**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0043](#)
VerfSch

Katharina Fest (SenInnDS, Abt. II) berichtet, dass an den verschiedenen Demonstrationen in Chemnitz ein vielfältiges Spektrum der rechtsextremistischen Szene beteiligt gewesen sei. Auch Berliner Rechtsextremisten hätten teilgenommen. Eine abschließende Beurteilung im Hinblick auf die Zusammensetzung der Demonstranten und die Mobilisierung sei noch nicht möglich. Am 1. September hätten in geringer Anzahl Personen aus dem Netzwerk der muslim- und fremdenfeindlichen Rechtsextremisten an den Demonstrationen in Chemnitz teilgenommen. Darunter seien Mitglieder des Vereins „Wir für Deutschland“ – WfD – gewesen, der für den 3. Oktober eine rechtsextremistische Kundgebung zum Tag der Wiedervereinigung in Berlin angemeldet habe. WfD organisiere seit 2016 die Demonstrationsreihe „Merkel muss weg“. Der Bundesorganisationsleiter und stellvertretende Berliner Landesvorsitzende der NPD habe mehrmals in Chemnitz demonstriert. Insgesamt sei ein heterogenes Spektrum von Rechtsextremisten in Chemnitz vertreten gewesen, aus Berlin im unteren bis mittleren zweistelligen Bereich.

Nach Gewalttaten oder Tötungsdelikten sei es immer wieder zu Demonstrationen gekommen, auch unter Beteiligung von Rechtsextremisten. In Chemnitz habe die politische Reaktion auf die Tat eine neue Dimension erreicht. Anlass, Ausrichtung und Größe der Demonstration böten traditionellen und muslim- und fremdenfeindlichen Rechtsextremisten Identifikationsmöglichkeiten. Hinzu komme der Schulterchluss mit der AfD im Zuge des „Trauermarschs“. Auch Angehörige der Jungen Alternative Berlin hätten an der Demonstration teilgenommen. – Die ideologischen Differenzen zwischen dem traditionellen rechtsextremistischen Spektrum und der muslimfeindlichen Szene seien in Chemnitz vorübergehend überwunden worden.

Niklas Schrader (LINKE) sagt, es habe eine Mobilisierung von Neonazis nach Chemnitz gegeben. Auch Kameradschaften aus Brandenburg seien dort erschienen. Ebenso seien Mitglieder des Abgeordnetenhauses zugegen gewesen.

Ronald Gläser (AfD) erwidert, man müsse unterscheiden: Es habe eine Demonstration der AfD und verschiedene Demonstrationen anderer Gruppen gegeben. Das Zeigen des Hitlergrußes verurteile die AfD. Zu den Demonstrationen anderer Organisationen könne er nicht Stellung nehmen, damit habe die AfD nichts zu tun. Wenn Mitglieder der Jungen Alternative auf der AfD-Demonstration gewesen seien, könne man diesen nichts vorwerfen. Die „Tagesschau“ habe bewusst am Wochenende Bilder von der AfD-Demo mit Bildern von der Neonazi-Demo am Tag davor vermengt. Dafür habe die „Tagesschau“ sich später entschuldigen müssen. – Es gebe inzwischen viele Aussagen, aber keinen Beweis für Hetzjagden, die angeblich stattgefunden hätten. Der unverdächtige Chefredakteur der Freien Presse, die Staatsanwaltschaft Sachsen und der sächsische Ministerpräsident hätten gesagt, dass es keine Hetzjagden gegeben habe. – [Tom Schreiber (SPD): Wo waren Sie denn eigentlich? Waren Sie da? – Ronald Gläser (AfD): Nein]

Claudio Jupe (CDU) kündigt an, dass er eine Erklärung zur Wortwahl des TOPs nachreichen werde.

Benedikt Lux (GRÜNE) möchte wissen, an welcher Demonstration AfD-Abgeordnete teilgenommen hätten.

Senator Andreas Geisel (SenInnDS) stellt klar, dass der Verfassungsschutz keine Abgeordneten beobachte. Insofern falle es schwer, solche Listen zu erstellen.

Kurt Wansner (CDU) befürwortet eine Vertagung. Der sächsische Ministerpräsident habe erklärt, es habe keinen Mob in Chemnitz gegeben und möglicherweise auch keine Hetzjagd. Man sollte die Entwicklung abwarten.

Der **Ausschuss** vertagt die Besprechung.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Vorsitzender Florian Dörstelmann stellt fest, dass die Fragen der CDU-Fraktion und der AfD-Fraktion schriftlich beantwortet werden.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Kurt Wansner (CDU) fragt, wann die Führungslosigkeit des Berliner Verfassungsschutzes beendet sei.

Senator Andreas Geisel (SenInnDS) erwidert, der Verfassungsschutz sei nicht führungslos; er werde kommissarisch durch Frau Fest geleitet. Die Stelle sei am 31. August im Amtsblatt ausgeschrieben worden.

Weiteres siehe Beschlussprotokoll.